Frühjahrsgutachten 2018 der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

„Deutsche Wirtschaft im Boom – Luft wird dünner“

25. April 2018

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von
BUSINESSEUROPE

Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Einschätzung der Institute in einem Boom. Das Wachstumstempo dürfte nach einer Delle zum Jahresbeginn wieder höher ausfallen. Die verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden allmählich knapper, was der Konjunktur etwas an Schwung nehmen wird. Die weltwirtschaftliche Belebung regt die Exporte an. Darüber hinaus profitiert die Binnenwirtschaft von der außerordentlich günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten fiskalischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung werden die Nachfrage zusätzlich stimulieren. Die heimische Investitionstätigkeit dürfte sich ebenfalls kräftig beleben, zumal die Kapazitäten gut ausgelastet sind und die Unternehmen mehr Erweiterungsinvestitionen tätigen. Die günstigen Finanzierungsbedingungen stützen weiterhin auch die Investitionen in Bauten. Da die Bauwirtschaft mittlerweile an ihre Kapazitätsgrenzen stößt, schlägt sich dies auch in steigenden Preisen nieder. In der Summe wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) **2018** im Jahresdurchschnitt um 2,2 % expandieren. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Vergleich zum Vorjahr mit plus 585.000 Personen nicht mehr ganz so stark steigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird dagegen nur um 209.000 sinken. Neben der demografischen Entwicklung lässt auch die Zuwanderung aus Ländern der EU langsam nach. Für das **Jahr 2019** prognostizieren die Institute einen Anstieg des BIP um 2,0 %. Ebenso wie im Jahr 2018 haben Kalendereffekte keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis. Die Beschäftigung dürfte weiter steigen, wenn auch aufgrund von Knappheit auf dem Arbeitsmarkt etwas schwächer. Infolge zunehmender Knappheiten ist ein Anstieg der Effektivverdienste zu erwarten. Obwohl die Preise etwas stärker steigen, wird den Haushalten ein deutliches Kaufkraftplus verbleiben. Die Arbeitnehmer werden durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zur Jahreswende 2018/19 entlastet. Ins Gewicht fallen aber auch die vorgesehene Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie die zunächst durch den Abbau von Reserven finanzierten Leistungsausweitungen der Gesetzlichen Rentenversicherung, was in der Summe den privaten Verbrauch kräftig beleben dürfte. Da die Produktionskapazitäten in vielen Ländern hoch ausgelastet sind, wird die weltweite Nachfrage nach Ausrüstungsgütern weiter steigen, was der deutschen Exportwirtschaft zugute kommt. Auch wenn die Importe im Zuge der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland zulegen, bleibt der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum BIP im kommenden Jahr weiter hoch.

Eckpunkte der Prognose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr	**2017**	**2018**	**2019**
BIP (real) in %	2,2	2,2	2,0
Erwerbstätige im Inland in Mio.	44,3	44,9	45,3
Arbeitslose in Mio.	2,53	2,32	2,17
Arbeitslosenquote in % (BA-Definition)	5,7	5,2	4,8
Verbraucherpreise in %	1,8	1,7	1,9
Lohnstückkosten in %	1,6	1,9	2,1
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	1,1	1,1	1,0
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	8,0	8,2	8,0

Die Institute haben ihre **Konjunkturprognose** für 2018 im Vergleich zur Herbstprognose von 2,0 % um 0,2 Prozentpunkte auf 2,2 % angehoben. Die Aufwärtskorrektur geht auf den etwas größeren statistischen Überhang zurück. Die konjunkturelle Dynamik wird jetzt etwas stärker eingeschätzt. Deutlich optimistischer als noch im Herbst wird die Entwicklung bei Investitionen in Ausrüstung und Bauten gesehen. Ebenso die Prognosen von Aus- und Einfuhren, weil der Zuwachs des Welthandels deutlich stärker ausfällt. Da die Exportprognose stärker als die Importprognose angehoben wurde, wird der Außenhandel mit 0,5 Prozentpunkten zum Wachstum beitragen. Beim privaten Verbrauch wird eine schwächere Entwicklung als noch im Herbst erwartet, was auf den geringeren statistischen Überhang zurückzuführen ist. Ursache hierfür war die schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs in der zweiten Jahreshälfte 2017.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft und den zunehmenden Fachkräftemangel fordern die Wirtschaftsforscher zu Recht eine weitere **Erhöhung der Erwerbsbeteiligung**. Hierfür müsse insbesondere die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** verbessert sowie der Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten für Grundschulkinder vorangetrieben werden. BDA und BDI begrüßen daher ausdrücklich die Warnung vor einer Abkehr von den erfolgreichen Arbeitsmarktreformen und setzen sich stattdessen vielmehr für eine **Modernisierung des Arbeitsrechts** ein. Diese ist dringend notwendig, um sowohl den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen als auch die verbesserte Integration Langzeitarbeitsloser zu ermöglichen.

Richtigerweise stehen die Institute einer **Ausweitung des „sozialen Arbeitsmarktes“ kritisch** gegenüber und fordern stattdessen eine Verbesserung der **Anreize zur Teilhabe am Erwerbsleben.** BDA und BDI begrüßen die Forderung der Institute, die Abgabenbelastung nachhaltig zu senken und setzen sich für eine **dauerhafte Begrenzung des Gesamtbeitrags zu den Sozialversicherungen** auf unter 40 % ein. Die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie die Reduzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind zielführend und sollten zeitnah umgesetzt werden. Die **Entlastung des Faktors Arbeit** darf allerdings nicht durch Leistungsausweitungen bei der Arbeitslosenversicherung konterkariert werden. Auch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung geht in die falsche Richtung. Sie wird zu höheren Arbeitskosten führen und somit der Entstehung neuer Arbeitsplätze entgegenwirken.

BDA und BDI begrüßen zudem ausdrücklich die Warnung der Institute vor einer prozyklischen Ausrichtung der Finanzpolitik. Speziell die geplanten **Leistungsausweitungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung** (doppelte Haltelinie bei Beiträgen und Rentenniveau, Grundrente und Mütterrente) laufen dem **Nachhaltigkeitsgedanken zuwider.** Vielmehr würden diese Maßnahmen eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung bewirken.